

1. Mai 2008 – Demonstration und Kundgebung des DGB in Augsburg

Helmut Schwering: Es geht um „Sinn, Sicherheit, Salaire und Santé“

weitere Schwerpunkte: Lehren aus der Machtergreifung der Nazis, Widerstand gegen das bayerische Versammlungsgesetz, Volksbegehren für Mindestlohn

Internationale Aspekte des 1. Mai - auch in Augsburg.....	2
Ein Schwerpunkt der Aktionen und der Kundgebung war das Versammlungsgesetz.....	2
Im Zeichen der Machtergreifung der Nazis vor 75 Jahren.....	3
Das KPD-Verbot lastet immer noch.....	5
Nur für Bürgerrechte - nicht gegen den Krieg? Und was ist mit den Bürgerrechten von politisch engagierten Migranten?.....	6
Heftige Agitation des DGB gegen Leiharbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen.....	8
Erfolgreicher Auftakt für ein bayerisches Volksbegehren für Mindestlohn.....	9
Der Auftritt des neuen OB Gott sei Dank moderater als die CSA.....	10



Es ist verboten, öffentlich Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen. Jugendverbänden, die sich vorwiegend der Jugendarbeit widmen, ist auf Antrag für ihre Mitglieder eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Art. 7 Abs. 3 Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Bayerischen Versammlungsgesetzes, 11.3.2008, Drs. 15/10181

Internationale Aspekte des 1. Mai – auch in Augsburg

Augsburg, 9.5.2008. Bei den Veranstaltungen am 1. Mai in der Stadt hatten die Werktätigen Anlass, schwere Krisen zu verarbeiten. Bei der DGB-Kundgebung wurden die inzwischen millionenfachen Arbeitsverhältnisse unterhalb der Mindestbedingungen thematisiert – die in gewisser Weise auch eine Niederlage der gewerkschaftlichen Tarifpolitik darstellen. Im serbischen Kulturverein ging es um das blanke Überleben der serbischen Bevölkerung und anderer Minderheiten im Kosovo und im Internationalen Kulturzentrum der ArbeiterInnen aus der Türkei ging es um eine Strategie in den Jahrzehnten nach dem Militärputsch und der brutalen Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Wahrscheinlich haben in der Stadt rund um den 1. Mai noch eine ganze Reihe anderer Veranstaltungen, gerade auch von Migranten, stattgefunden, von denen wir gar nichts wussten oder die wir nicht besuchen konnten. Und sehr wahrscheinlich ging es in all diesen Veranstaltungen auch um die Suche nach einer Perspektive in dem so genannten Deutschland, um auch hier menschenwürdig leben zu können.

Unbedingt erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Django Memorial, ein Festival mit der Musik der Sinti und Roma von europäischem Rang, das vom 2.– 4. Mai in Augsburg stattfand. Die Überlebenden des Ausrottungsfeldzugs der Nazis gegen Sinti und Roma versuchen, ihre Kultur, darunter Musik von höchstem Niveau, zu bewahren und werden dabei von dem Augsburger Hotclubnews unterstützt.

Es fällt auf, dass die deutschen Verbrechen während der Nazizeit, aber auch danach, schwer lasten auf all diesen Bevölkerungen im ehemaligen Jugoslawien, in der Türkei und den kurdischen Gebieten, auf den Ciganes in ganz Europa. Seien es die wiederholten Bombardierungen Serbiens, die Abschiebung von Romas in das Kosovo, die Protektoratspolitik im ehemaligen Jugoslawien, die Waffenbrüderschaft mit dem türkischen Regime gegen den kurdischen Widerstand, die Funktionalisierung der Türkischen Republik als Operations- und Nachschubbasis für den fortdauernden Irakkrieg und als Standort eines Drohpotentials gegen Iran, was es der kurdischen wie türkischen Bevölkerung sehr schwer macht, den Wandel von einem Militärstaat in eine Demokratie durchzusetzen...

Man muss sagen, dass der DGB diesen Aspekten und Entwicklungen in seinen Äußerungen zum 1. Mai kaum gerecht wird – so gut auch diesmal die sozial- und tarifpolitische Agitation des DGB wie auch die Passagen zu Faschismus und Demokratie waren. Internationalistisch ist der DGB einfach unterbelichtet und damit keine vorwärts weisende Kraft im Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Krieg.

Ein Schwerpunkt der Aktionen und der Kundgebung war das Versammlungsgesetz

Die Maidemonstration und Kundgebung des Augsburger DGB gab schon vor dem offiziellen Beginn am Moritzplatz Gelegenheit, am offenen Mikro des Montagsbündnisses z.B. gegen das geplante bayerische Versammlungsgesetz Stellung zu nehmen. Die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland wollte den 1. Mai revolutionär begehen. Vor einem großen roten Transparent tanzte, sang und trommelte die Folkloregruppe bzw. der Jugendverband des Internationalen Kulturzentrums IKZ in roten T-Shirts. Die einheitlichen Kleidungsstücke in Rot mit den gelben Aufklebern „Für die Versammlungsfreiheit“ auf dem Rücken waren auch eine bewusste Aktion, gegen den Gesetzentwurf zu protestieren und sich das Recht ausdrücklich zu nehmen, „gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen“ – was in Bayern demnächst verboten sein soll.

Auch sonst brachten die Freundinnen und Freunde vom IKZ Farbe in die DGB-Aktion, die zwar von denkwürdigen Reden aber auch einem erschütternden Rückgang der Beteiligung gekennzeichnet war. Den Migranten vom IKZ wurde im Vorfeld ein Redebeitrag auf der DGB-Kundgebung verwehrt, ebenso dem Augsburger Bündnis „Rettet die Versammlungsfreiheit“. Aber es wurden viele Flugblätter des Bündnisses verteilt und Unterschriften gegen das Versammlungsgesetz der Staatsregierung gesammelt. Auch die Politprominenz der SPD unterschrieb, z.B. Karl-Heinz Schneider, Harald Güller und der Landtagsabgeordnete Wilhelm Leichtle. Nicht unterschrieben unseres Wissens Klaus Kirchner und Kurt Gribl. Helmut Schwering, ver.di-Geschäftsführer, baute das Thema in seine Rede ein:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn mir jemand gesagt hätte, dass das was wohl in den nächsten Monaten Wirklichkeit werden soll, in Bayern Wirklichkeit wird, dann hätte ich das nicht geglaubt. Mit der Figur der neonazistischen Umtriebe auch in Bayern Herr zu werden, plant die bayerische Staatsregierung eine massive Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit. Das gehört zu diesem 1. Mai, wo wir uns unter freiem Himmel als freie Bürger und als Gewerkschafter versammeln, auch dazu.

Ich zitiere aus den Plänen der bayerische Staatsregierung zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit, unter dem Vorwand, neonazistische Umtriebe verstärkt bekämpfen zu können. Es ist geplant, dass bereits zwei Personen, die sich laut unterhalten, als Versammlung gewertet werden können und dass diese Versammlung verboten werden kann. (*laute Buhrufe aus der Kundgebung*) Bereits Fahnen, Anstecker, einheitliche Schilder können nach willkürlicher Entscheidung der Polizei gegen das neu erfundene Militanzverbot verstoßen und mit einer Geldbuße von bis zu 3000 Euro belangt werden. (*Mißfallensäußerungen aus dem Publikum*) Versammlungsleiter und Ordner sollen zum verlängerten Arm der Polizei gemacht werden. Selbst Ordner müssen ihre persönlichen Daten angeben und können von Behörden und Polizei als ungeeignet und unzuverlässig abgelehnt werden. Versammlungen könnten nach diesem Entwurf nach Gutdünken der Polizei in Übersichtsaufnahmen gefilmt werden, die Aufnahmen beliebig lange aufbewahrt werden.

Zum Verbot einer Versammlung soll es nach dem Willen der bayerischen Staatsregierung und der Parlamentsmehrheit im bayerischen Parlament ausreichen, wenn Rechte Dritter unzumutbar beeinträchtigt werden, womöglich z.B. von Verkehrsteilnehmern oder Schaulustigen. Versammlungsleiter von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen müssten nach diesen Plänen im Vorfeld und vor Ort ihre persönlichen Daten an die Polizei weitergeben. Die Polizei könnte den Versammlungsleiter als ungeeignet betrachten. Der Polizei soll Zutritt gewährt werden müssen und ein angemessener Platz eingeräumt werden, sonst gibt's wieder 3000 Euro Bußgeld und selbst nichtöffentliche Versammlungen, z.B. Streikversammlungen könnten davon betroffen werden. Noch vor der Sommerpause soll dieser Anschlag auf eines unserer wichtigsten Grundrechte vom bayerischen Landtag beschlossen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das können wir und das sollen wir und das müssen wir verhindern! (*Beifall!*)“

Die Gewerkschaften machen sich Sorgen um die Bürgerrechte. Helmut Schwering hatte eine besondere Botschaft zum 1. Mai. Die Bundesregierung wolle Gewerkschaftsdaten an US-Geheimdienste liefern. Ein binationaler Vertrag sehe vor: „Künftig sollen Daten über die politische Anschauung und die Mitgliedschaft in Gewerkschaften an die Geheimdienste der USA geliefert werden. Es stellt sich hier die Frage, seit wann Gewerkschaftsmitglieder in Deutschland wieder ausgeforscht und in Dateien erfasst werden.“

Im Zeichen der Machtergreifung der Nazis vor 75 Jahren

Der diesjährige 1. Mai stand im Zeichen der Machtergreifung der Nazis vor 75 Jahren. Etwas mulmig kann es einem schon werden, wenn in der heutigen Zeit die Versammlungsfreiheit erneut eingeschränkt werden soll, Gewerkschaftsversammlungen von Polizei bedroht sind und die politische Gesinnung von Gewerkschaftsmitgliedern Gegenstand global operierender Geheimdienste ist. Zum historischen Thema bemerkte Helmut Schwering:

Vor 75 Jahren am 1. Mai 1933 zogen 40.000 Augsburgener und Augsburgenerinnen frenetisch angefeuert von einem deutsch-nationalen nazistischen Fanatismus durch die Straßen dieser Stadt. Es hat damals einen so genannten Block C in diesem Umzug gegeben. Da waren quasi versteckt die Generationen von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen vor uns. Es war der Block C der Gewerkschaften eingeklemt zwischen Schützenvereinen, zwischen SA, zwischen SS-Vorläufern, zwischen allen möglichen Vereinigungen. Noch am Vorabend dieses 1. Mai 1933 hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Vorläufer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in einer Art Unschuld aufgerufen, zusammen mit der neuen Regierung den 1. Mai zu begehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und es war so, und es kam so, wie es kommen musste, weil Unschuld und politische Naivität und Duckmäusertum und Anpassertum eine überschätzte Tugend sind.

Bereits am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt von SA- und SS-Leuten und es wurden Menschen der damaligen Generation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Menschen sozusagen wie wir heute, verhaftet. Es ist so, ich zitiere aus der Schrift am Vorabend des 1. Mai des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zitat wörtlich: „Wir begrüßen es, dass die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.“ Das war vor 75 Jahren.

Die Neue Nationalzeitung in Augsburg schrieb dann, nachdem sie berichtet hat in einem sechsstufigen Jubelartikel über die 40.000 Augsburger und Augsburgerinnen am Tag der Arbeit 1933 einen Artikel mit der Überschrift: „Gewerkschaftshäuser besetzt – Verhaftung hauptamtlicher Gewerkschaftssekretäre“. Sie schrieb am 2. und 3. Mai, Zitat: „Die Besetzung des Volkshauses und der anderen Gewerkschaftshäuser wurde durch Männer der nationalen sozialistischen Betriebsorganisation durchgeführt.“ Sie schrieb weiterhin: „Wir wollen nicht mehr internationale Proletarier, sondern [*merkt auf liebe Kolleginnen und Kollegen*] schicksalsverbundene deutsche Menschen sein, die jeden achten, der ehrlich mit der Faust und mit der Stirn arbeitet.“ Und dann kommt am Schluss dieses Artikels der Neuen Nationalzeitung der wahre Jakob heraus, Zitat: „Auf Veranlassung des Sonderkommissars für Schwaben und Neuburg wurden am 2. Mai 1933 in Schutzhaft genommen, z.B. Paul Hübler, Geschäftsführer, Edelmann, [...] Arbeitersekretär, Sturm Hans, Gewerkschaftssekretär, Franz Adelhoch, Gewerkschaftssekretär, Wernthaler, Gewerkschaftssekretär, Bunk, Bezirksleiter“ u.s.w. Und diese, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese wahrhaften antifaschistischen Kämpfer haben das KZ Dachau nie mehr lebend verlassen.¹ Das gehört zu diesem 1. Mai 2008, liebe Kolleginnen und Kollegen, und lasst nicht zu, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass so etwas jemals wieder passiert und lassen wir nicht zu, dass es auch nur irgendeine Illusion gibt, dass faschistische und nationalsozialistische Umtriebe in dieser Stadt einen Platz haben. Wir stehen dafür, dass die braune Brut bekämpft wird, wo immer sie uns begegnet, liebe Kolleginnen und Kollegen. (*tosender Applaus*)

Und ich will auch nicht unerwähnt lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass zu diesem 1. Mai 1933 ein Mensch gehört, ein Augsburger Reichstagsabgeordneter, der zugleich in einer Art geschichtlicher Negation zur Geschichte dieser Stadt gehört. Das ist Hans Beimler, KPD-Funktionär, der auch in Schutzhaft genommen wurde, und bei dessen Beerdigung als er [...] im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft hat, eine Million Menschen waren, in Madrid. Das gehört auch zur deutschen Geschichte, und das wird nicht erwähnt in den Geschichtsbüchern, liebe Kolleginnen und Kollegen. (*Beifall*)

Und ich möchte auch erwähnen, dass an diesem ersten Mai, an dem sich zum 75ten Male jährt dieser denkwürdige 1. Mai 1933 – da sollte schon dazu gehören, dass ein alter antifaschistischer Kämpfer im Laufe der letzten Tage gestorben ist. Ich spreche von unserem Gewerkschaftskollegen, von unserem Kollegen Theo Schoofs, der niemals müde wurde zu kämpfen gegen Neofaschismus und der niemals müde wurde, den Stein dahin zu legen wo er hingehört, nämlich in die Wunde des antifaschistischen Kampfes, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gehört zu diesem ersten Mai 2008 in dieser Stadt Augsburg auch dazu! (*viel Beifall*)

Schwach war, dass die Redner des Augsburger DGB den Naziaufmarsch in Nürnberg zum 1. Mai nicht ansprachen. Ursprünglich wollten die Faschisten auch in Augsburg demonstrieren, sammelten sich dann aber bei einem zentralen Aufmarsch in Nürnberg. „Weitgehend friedlich, aber in aufgeheizter Stimmung demonstrierten in Nürnberg knapp 10.000 Menschen gegen die zentrale Mai-Kundgebung der rechtsextremen NPD. Bei ihrem mehrstündigen Zug wurden die insgesamt etwa 1500



Revolutionäre 1. Mai-Demo Nürnberg 2008 Bild: indymedia

¹ Anmerkung der Redaktion: Karl Wernthaler überlebte das KZ Dachau unseres Wissens. Karl Wernthaler (geb. 1874), Bauschlosser, seit 1901 DMV-Funktionär, 1918/1919 im Arbeiter- und Soldatenrat von Augsburg, 1919-1933 Stadtrat und Fraktionsführer der SPD in Augsburg, April bis Dezember 1933 KZ Dachau. Maßgeblich am Wiederaufbau der Augsburger SPD beteiligt, 1946-1948 SPD-Fraktionsführer im Stadtrat, 1945-1948 Amtsleiter im Arbeitsamt. Nach http://library.fes.de/fulltext/sozmit/1945-081.htm#P168_60320

Rechten mit Pfeifkonzerten und Buhrufen empfangen.“ – so lautete der Tenor in den bürgerlichen Medien. Allein zur revolutionären 1. Mai-Demonstration kamen 4000 Autonome und revolutionäre AntifaschistInnen nach Nürnberg, das waren 1000 mehr als vergangenes Jahr.² Nicht wesentlich mehr versammelten sich bei der städtischen Kundgebung mit Beckstein. „Weitgehend friedlich“, wie die Presse schreibt, kann man allerdings nicht sagen. Die Polizei griff einen der Lautsprecherwagen der AntifaschistInnen an, es gab z.T. massive Schlagstockeinsätze, Reizgas in rauen Mengen – das die Sondereinheiten jetzt gleich in Tanks, die auf den Rücken geschnallt sind, mitführen – viele Verletzte unter den AntifaschistInnen, Menschenjagden und Verhaftungen. In Bayern muss man es teuer bezahlen, wenn man sich vornimmt, zur Route eines Naziaufmarsches vorzudringen und den Aufmarsch zu stören oder solche Ziele über den Lautsprecherwagen anzusagen.

Der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer, sagte bei der zentralen Mai-Kundgebung in Mainz: „Es ist nicht hinnehmbar, dass Justiz und Verwaltungen nicht in der Lage sind, Nazi-Provokationen an unserem 1. Mai zu verhindern.“ Er forderte ebenso wie der SPD-Vorsitzende Kurt Beck ein NPD-Verbot.³

Das KPD-Verbot lastet immer noch

Es ist wahrscheinlich noch nicht vorgekommen, seit der DGB die 1. Mai-Kundgebungen in Augsburg abhält, dass mit Hans Beimler ausdrücklich eines prominenten KPD-Funktionärs gedacht wird und mit Theo Schoofs gleich nochmal ein KPDler. Theo Schoofs war 1946 in die FDJ eingetreten, 1949 in die KPD. 1952 flog er aus der MAN raus, der Betriebsratsvorsitzende arbeitete sehr eng mit der Betriebsleitung zusammen. Ab da war er bis zum Verbot der KPD hauptamtlicher Funktionär in der Partei. Wegen illegaler und „staatsgefährdender“ Flugblätter ging Theo 1959 für sieben Monate ins Gefängnis.⁴ Seit Gründung der DKP war er dort Mitglied und buchstäblich bis zuletzt aktiv. Es ist schon ein Novum, wenn von solchen Leuten auf der Maikundgebung des DGB wohlwollend und anerkennend gesprochen wird.

In gewisser Weise kann diese Rede von Helmut Schwering als ein Korrektiv der Linie der SPD verstanden werden, die ja die KPD bekämpft und ihre Vernichtung mitgetragen hat. Linke auf der Maikundgebung haben dies schon mit einer gewissen Genugtuung vernommen. Über die Gründe dieses Wandels, der zumindest im Gewerkschaftslager zu erkennen ist – nicht unbedingt in der SPD selbst –, könnte man mit Lenin sagen: „Freunde erkennt man im Unglück. Geschlagene Armeen lernen gut.“ Um einen Eindruck zu vermitteln, wie heillos verfahren die Lage unmittelbar nach der Niederschlagung des NS-Regimes war und welche unselige, nationalistische, demagogische, machtbesessene und spalterische Rolle die SPD direkt nach ihrer Wiedezulassung spielte, wollen wir aus einer Rede von Kurt Schumacher zitieren, damals Vertrauensmann der SPD in den von den Westmächten besetzten Zonen Deutschlands:

[...] „Die Klasse der Industriearbeiter ist im eigentlichen Sinne die Hausmacht der SPD. Sie muss als ganze Klasse um die Idee der Demokratie versammelt werden ... Entscheidende Erfolge gibt es freilich erst, wenn es von dieser Plattform aus gelingt, die mittelstaendigen Massen zu gewinnen ... Der Klassenkampf war und ist die grosse gesellschaftliche Tatsache. Diese Tatsache ist unabhængig von unserer Anerkennung oder Negierung. Sie uebersehen, wuerde heissen, auf Erkenntnis und Klarheit zu verzichten ... Die Tatsache, dass heute viele grosskapitalistische Hintermaenner des Nazismus gefangengesetzt sind, bedeutet noch nicht, dass das kapitalistische System abgeschafft ist ... Starke Bestandteile der alten besitzenden Klassen sind noch vorhanden und neue bilden sich heraus ... Solange in Deutschland grosse Vermoegen in der Hand unverantwortlicher Privater entstehen koennen, werden sie immer wieder versuchen, ihre wirtschaftliche Macht in politischen Einfluss umzusetzen ... Gewiss ist heute die ueberwaeltigende Mehrheit des deutschen Volkes antikapitalistisch. Aber das bedeutet noch keine Bejahung des Sozialismus oder auch nur der Erkenntnis der Notwendigkeit einer planmaessig gelenkten Wirtschaft ... Es gibt zur Zeit noch keine buergerliche Gruppierung in Deutschland, die sich fuer die ungehinderte Auswertung des Privateigentums und die uneingeschraenkte Taetigkeit der Unternehmerpersoenlichkeit einsetzt ... Die einzige Partei, die

² s. den Bericht bei Indymedia <http://de.indymedia.org/2008/05/215279.shtml>

³ <http://www.n-tv.de/957233.html>

⁴ nach http://www.vvn-augsburg.de/3_portraits/schoofs_theo/artikel_berichte_24_2006.pdf

sich in ihrem Aufruf uneingeschraenkt fuer diese kapitalistischen Faktoren einsetzt, ist die Kommunistische Partei ... Der Antikapitalismus vieler Deutscher ist nicht sozialistisch und fortschrittlich. Ihre Wuensche und Sehnsuechte sind nach der Vergangenheit ausgerichtet ... Wenn das Unmoegliche nicht erfuellt wird, sind sie bereit, wieder die Hilfstruppe fuer jede destruktive Tendenz abzugeben.“ [...]

Im Grundsatz bekennen wir uns zur Einheitspartei aller Schaffenden. Aber wir sehen auch, dass nirgends sonst in der Welt sich dieser Gedanke durchgesetzt hat ... Das hat bei uns wie in anderen Laendern seinen Grund darin, dass die Kommunistische Partei sich nicht nach den Beduerfnissen und Erkenntnissen ihres Landes richtet. Die deutschen Sozialdemokraten sind nicht britisch und nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht franzoesisch. Wir sind die Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes und damit d. Deutschen Nation.

Wir sind als bewusste Internationalisten bestrebt, mit allen internationalen Faktoren im Sinne des Friedens, des Ausgleichs und der Ordnung zusammenzuarbeiten. Aber wir wollen uns nicht von einem Faktor ausnutzen lassen. Im Sinne der deutschen Politik ist die Kommunistische Partei ueberfluessig. Ihr Lehrgebäude ist zertruemert, ihre Linie durch die Geschichte widerlegt. Nachdem ihre Hoffnung, sich als führende Arbeiterpartei entwickeln zu können, von den Tatsachen voellig unmöglich gemacht wird, muss sie nach dem grossen Blutspender suchen. Das Rezept ist die Einheitspartei, die einen Versuch darstellt, der sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Fuehrung aufzuzwingen ... International waere jeder Schritt auf diesem Wege eine aussenpolitische Parteinahme und wuerde eine Gleichgewichtsstoerung von deutscher Seite bedeuten.“

„Nicht die Demokratie ist vor 1933 am Unheil schuld gewesen, sondern die Schwaechlichkeit mancher Demokraten, vor allem aber diejenigen, die Demokraten haetten sein muessen, es aber doch nicht waren. Alles, was eine einige Arbeiterklasse haette vermeiden koennen, ist nun eingetreten. Jetzt kann man eine Einheitspartei nicht damit schaffen, dass man zur Plattform eine Geschichtsfaelschung macht, welche die notwendige Erkenntnis unmoeglich macht. [!] ... Jetzt sehen wir nur eine Moeglichkeit, jetzt gibt es als Einheitspartei des arbeitenden Volkes nur die SPD. Der Weg fuer die Massen zu dieser Partei ist eine gute sozialdemokratische Politik.“⁵

Die Wiedergutmachung und das Angebot Helmut Schewerings an die Linken wurde aber von Helmut Jung gleich wieder konterkariert, als er auf der Kundgebung alle möglichen Politiker aller möglichen Parteien begrüßte, nur den neuen Stadtrat der Linken nicht. Ob Fraktionsführer der SPD wie Kiefer oder Schneider gewillt sind, im Stadtrat mit der Linken zusammenzuarbeiten, darf zunächst einmal bezweifelt werden. Und wieweit die Liebe geht, wird man auch sehen, wenn die Repressionen gegen türkische, linke Organisationen sich verschärfen sollten, darunter auch gegen ATIF, Föderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Deutschland, die in Augsburg im Internationalen Kulturzentrum IKZ aktiv sind. Der bayerische DGB-Vorsitzende und frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Schösser jedenfalls wirbt in einem Interview mit der *Welt* für Offenheit gegenüber rot-roten Regierungsbündnissen - auch auf Bundesebene.⁶

Nur für Bürgerrechte – nicht gegen den Krieg? Und was ist mit den Bürgerrechten von politisch engagierten Migranten?

Es ist erfreulich, wenn sich der DGB deutlich antifaschistisch positioniert und für Bürgerrechte eintritt. Das Problem ist, dass es nicht reicht, nur für Bürgerrechte einzutreten, ohne Klarheit zu haben, warum sie eingeschränkt werden. Der Grund ist, dass die BRD ein kriegsbereiter und kriegführender Staat ist – und das in zunehmendem Maße. Dafür werden die Grundrechte eingeschränkt. Die Hauptlosung der VNN und der linken Arbeiterbewegung war und ist: „Gegen Faschismus und Krieg“. Der DGB lässt den zweiten Teil der Losung weg, das kann nicht gut gehen. Das hartnäckig verfolgte Ziel der herrschenden Klasse, der Bundeswehreinsatz im Inneren, kommt nicht vom Wahn des Innenministers, sondern hat seine Ursache in der Kriegsvorbereitung und einer aggressiven,

⁵ Auszüge aus einer Rede Kurt Schumachers auf einer Konferenz in Hannover am 5. und 6. Oktober 1945, zitiert nach: Sozialistische Mitteilungen NEWS FOR GERMAN SOCIALISTS IN ENGLAND, Published for the information of Social Democratic refugees from Germany who are opposing dictatorship of any kind. http://library.fes.de/fulltext/sozmit/1945-081.htm#P168_60320

⁶ http://www.welt.de/muenchen/article1945229/Bayerns_DGB-Chef_liebauegelt_mit_Rot-Rot.html



Im Internationalen Kulturzentrum IKZ, Zusanstraße 9, fand nach der Maidemo ein Filmvortrag mit anschließender Diskussion zum 1. Mai, dem Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse statt. Der Kurzfilm (30 min) der sich mit der Arbeiterklasse generell und ihrer Entwicklung in der Türkei befasste, bot eine sehr gute Diskussionsgrundlage für die rund 70 Teilnehmer der Veranstaltung. Im Anschluss an den Film wurde heiß über theoretische und praktische Fragen der Arbeiterbewegung im Allgemeinen und im Speziellen in Deutschland diskutiert. Kernpunkte waren unter anderem die stetig sinkende Zahl der Teilnehmer auf der Maidemo, die von allen Rednern als besorgniserregend empfunden wurde und die Mobilisierung der Arbeiter im Rahmen der immer häufiger auftretenden Arbeitskämpfe in Deutschland.

Die Teilnehmer der Veranstaltung nahmen alle für sich die Frage „Was kann ich tun? bzw. Was erwartet uns noch?“ mit. Auch die immer notwendiger werdende Solidarität der Organisationen und Gewerkschaften in Augsburg, war ein Punkt der zwar nicht ausgesprochen wurde aber klar über allem stand. Es erwarten uns schlechte Zeiten und wir werden Sie meistern. *Text: IKZ-Augsburg*

Türkei) nach §129 b StGB versucht die BRD, die türkischen und kurdischen linken Exilgruppen erneut zu kriminalisieren, zu stigmatisieren und mundtot zu machen.

[...] Tim Jansen, Sprecher der Roten Hilfe e.V. in Hamburg dazu: „Es scheint so, dass sich die staatlichen Behörden nach einem Rundumschlag gegen die deutsche Linke im Sommer durch überzogene § 129a-Verfahren nun wieder auf die Bedürfnisse des NATO-Partners Türkei konzentrieren. Dies kann man wunderbar an den Aktionen gegen ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland) und die ISKU sehen.“ [...]

expansiven Außenpolitik.

Nur wenige Tage nach dem 1. Mai gab die Union ihren Plan bekannt, einen „Nationalen Sicherheitsrat“ einzurichten, der einem Kriegskabinetts gleichkommt. Die Strategie der Union sieht auch den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vor, z.B. für den „Heimatschutz“. Ein führender Protagonist eines Nationalen Sicherheitsrates ist der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Christian Ruck. Er kleidet den anvisierten Militärstaat in Formeln wie: „Die Optimierung der Effizienz deutschen Engagements beim Krisenmanagement erfordert eine konzeptionell und operativ enge Verzahnung von entwicklungspolitischen, außen- und sicherheitspolitischen Instrumenten.“⁷ Solange solche Leute am Ort gar nicht kritisiert werden für ihre Pläne, solange ein Herr Ruck sich im Gegenteil noch profilieren kann bei der Rettung von Rüstungsbetrieben am Ort, solange ein Heinz Paula ganz harmlos und unbescholten der DGB-Kundgebung beiwohnt, obwohl er im Bundestag noch für jeden Militäreinsatz in den letzten Jahren gestimmt hat... – solange werden sich die Dinge unfriedlich entwickeln und die Unterdrückung zunehmen.

Wie sehr sich die Lage für linke und demokratische Kräfte bereits verschärft hat, und ganz massiv auch unsere FreundInnen vom ATIF betroffen sind, zeigt eine Erklärung der Roten Hilfe Hamburg⁸:

Am 13.03.2008 wurde das Büro der Informationsstelle Kurdistan (ISKU) und eine Privatwohnung vom Bundeskriminalamt (BKA) gerazzt. Wie schon bei den vor einigen Wochen stattgefundenen bundesweiten Razzien gegen die ATIF (Föderation der ArbeiterInnen aus der

⁷ http://www.presseportal.de/pm/7846/1184765/cdu_csu_bundestagsfraktion

⁸ <http://rotehilfegreifswald.blogspot.de/2008/03/14/111/>

Am 26.11.1993 wurde die PKK in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegt und gleichzeitig mehr als dreißig kurdische Vereine, Gruppen, Organisationen und Medien ebenfalls mit einem Verbot belegt und geschlossen. In der Folge wurden Kurdinnen und Kurden in der BRD konsequent verfolgt und kriminalisiert. In diesem Zusammenhang wurden im Laufe der vergangenen Jahre Tausende wegen § 129a StGB oder § 20 des Vereinsgesetzes zu Haft- oder hohen Geldstrafen verurteilt. In dieser unendlichen Reihe von Repressionsmaßnahmen gegen Kurdinnen und Kurden und deren UnterstützerInnen stehen auch die heutigen Durchsuchungen in Hamburg und Berlin. [...]

Es verdichtet sich der Eindruck, dass hierzulande nach den Kurden und der PKK nun die türkische Linke ausgeschaltet werden soll, in Kollaboration mit der türkischen Regierung. Das sind Dinge, über die man am internationalen 1. Mai reden muss.

Heftige Agitation des DGB gegen Leiharbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen

Schon der zentrale Aufruf des DGB zum 1. Mai war diesmal recht peppig.⁹ Die Agitation, die Helmut Schwering aber vom Stapel ließ, war KBW-verdächtig – nur eben 30 Jahre später. Er sprach von Löhnen, die zum Leben reichen müssen, was bei sieben Millionen Arbeitnehmern nur mit knapper Not bis gar nicht mehr

⁹ *Gute Löhne – müssen drin sein.* Wir fordern angesichts explodierender Gewinne, Managergehälter und Dividenden kräftige Realloohnerhöhungen für alle Beschäftigten. Daneben muss Lohndumping entschieden bekämpft werden: Durch tarifliche Mindestlöhne, durch Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz und einen generellen unteren gesetzlichen Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro.

Mehr Sicherheit fürs Alter – muss drin sein. Nur ein gut bezahlter und sicherer Arbeitsplatz ermöglicht später eine auskömmliche Rente. Daneben gilt es, die massiven Rentenkürzungen der vergangenen Jahrzehnte zu korrigieren.

Arbeit, die nicht krank macht – muss drin sein. Gute Arbeit schützt die Gesundheit der Beschäftigten. Heute schaffen es wegen Erwerbsminderung oder Arbeitslosigkeit nur 20 Prozent aus regulärer Beschäftigung mit 65 Jahren in die Altersrente. Deshalb ist die Rente mit 67 ein inhumanes Rentenkürzungsprogramm.

Gleiches Geld für gleiche Arbeit – muss drin sein. Gleichwertige Arbeit muss gleich entlohnt werden. Dass Frauen für dieselbe Arbeit durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer verdienen, ist ein Skandal, den wir uns nicht länger leisten dürfen. *Auszug aus dem bundesweiten 1. Mai-Aufruf des DGB*



Im Serbisches Kulturzentrum „St. Sava“ e.V., Zusamstaße 12, fand am 1. Mai nachmittags eine Veranstaltung des Vereins „Kosmit e.V.“ statt. Der Verein organisiert Solidarität mit Kosovska Mitrovica sowie Kosovo und Metohija, darunter Jugendaustausch und Hilfe für Familien. (näheres zur Lage bei <http://www.kosmit.org>). Es gab einen Streifzug durch die serbische Geschichte und Beiträge zur aktuellen Kosovo-Problematik und zur Vorstellung des Vereins. Im Bild von links die Vereinsvorstände Arthur Kauz, Dr. H.-G. Ruf, Elisabeth Nikolitsch und Zoran Zdravkovic (erster Vorsitzender) – Wie zum Hohn für die Serben, die sich im Kulturzentrum Sveti Sava seit Jahren treffen, um ihr auch von deutscher Hand verursachtes Schicksal besser zu ertragen, kommentierte die Augsburgische Allgemeine am 30.4. 2008: „Man würde sich wünschen, dass alle Minderheiten in Europa über die Rechte verfügen, die Europa den Serben im Kosovo eingeräumt hat. Und mancher EU-Nachbarstaat träumt davon, ähnliche Angebote zu bekommen, wie sie die EU Belgrad nun anbietet. Um es deutlicher zu sagen: Europa hat sich längst in die Gefahr begeben, von Serbien erpresst zu werden.“ – Man fragt sich nur: ist das die übliche Nachkriegspropaganda, die die deutschen Schandtaten gegenüber Serbien rechtfertigen soll oder ist es bereits wieder Vorkriegspropaganda?

gelingt. Helmut Schwering sprach sehr viel an, was endlich einmal deutlich gesagt werden musste, in der bürgerlichen Öffentlichkeit aber gar kein Thema mehr ist. Drohende Altersarmut, eine niederschmetternde Entwicklung bei der Leiharbeit mit 30–40 % Lohnabzug, er brachte erschütternde Fallbeispiele:

Die Bedienung, die nach Irland auswandert, weil es dort einen Mindestlohn von 8,62 € gibt. Der Arbeitnehmer in der fünften befristeten Anstellung, dem bei einem berühmten Möbelhaus im Raum Augsburg der Ratenkauf eines Sofas verweigert wird. Die Kündigungswelle bei der AWO gegen Beschäftigte, die Tariflohn – erfolgreich – einklagten. Etc.

Helmut Schwering sprach zahlreiche Tarifbewegungen an, in die die Gewerkschaften zur Zeit verwickelt sind: Chemie, Stahl, Öffentlicher Dienst, Kommunen, Bund, Post. Besondere Erwähnung fand die schwere Auseinandersetzung im KFZ-Handwerk, wo die Innungen in Bayern die Frechheit hatten, zu Jahresanfang sämtliche Tarife ohne Begründung zu kündigen. Die IG Metall kämpft seit langem für einen Flächentarifvertrag in diesem Gewerbe. Nur 10% der früher tarifgebundenen Betriebe sind über einen neu gegründeten Arbeitgeberverband noch tarifgebunden. Mit diesem Rest an Arbeitgebern konnte eine „faire“ Einkommenserhöhung von 6,5% erzielt werden.

Eine Postkollegin, die direkt von der Streikfront kam, berichtete über ihren Arbeitskampf.

Erfolgreicher Auftakt für ein bayerisches Volksbegehren für Mindestlohn

Auf Empörung stieß die bayerische Arbeitsministerin Stewens, die im Maiaufruf der Staatsregierung gegen die Mindestlohnforderung des DGB loslegte: „Einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn halte ich [...] für völlig verfehlt und kontraproduktiv“. Einen Mindestlohn von 8,14 € hält die Ministerin also für „völlig verfehlt“. Der bayerische DGB startete zum 1. Mai ein Volksbegehren für einen Mindestlohn in dieser Höhe. Noch auf der Kundgebung konnte man sich in die Unterschriftenlisten eintragen. Die Zahl der zur Einreichung eines Volksbegehrens in Bayern notwendigen 25 000 Unterschriften wurde bereits am 1. Mai überschritten. Der DGB will zu den Landtagswahlen Druck machen, zusammen mit 17 Sozial- und Wohlfahrtsverbänden:

Weil der DGB in Berlin nicht recht weiterkommt, will Schösser nun den Druck auf die CSU-Staatsregierung in München massiv erhöhen. „Wir prüfen derzeit, ob ein Volksbegehren für den Mindestlohn in Bayern möglich ist“, sagt Schösser. Der Gewerkschafter bezieht sich dabei auf Artikel 169 der Bayerischen Verfassung. „Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden“, heißt es darin, „die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglicht“.

Zwar gilt für diesen Verfassungspassus der Vorrang des Bundesrechts, weswegen ein deutschlandweiter Mindestlohn dem bayerischen Gesetzgeber die Hände binden würde. Doch aufgrund der Berliner Untätigkeit besteht laut Schösser im Freistaat die Chance, „jetzt die bayerische Verfassung auszunutzen“. Vermutlich werden aber die Münchner Verfassungsrichter entscheiden müssen, ob ein solches Volksbegehren zulässig ist.

Für die schwächelnde CSU käme es vor der Landtagswahl jedenfalls denkbar ungelegen. „Wir haben ja gesehen, dass das Thema die Menschen bewegt“, sagt Schösser. In Hessen sei der Mindestlohn neben der Bildung für den Wahlausgang entscheidend gewesen. So soll es nach Schössers Willen auch in Bayern sein. „Der Mindestlohn gehört bei der Landtagswahl im September für die Parteien auf den Prüfstand.“¹⁰

Helmut Schwering sagte: „Es lohnt sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir dieses Mindestlohn-Volksbegehren unterstützen und dass wir unseren Teil dazu beitragen, dass Lohndumping, entwürdigende Arbeitsbedingungen und Löhne, von denen Du nicht leben kannst, der Vergangenheit angehören. Lasst uns dafür kämpfen! [...] jede fünfte Arbeitnehmerin arbeite heute in einem der reichsten Länder der Erde mit einer der höchsten Gewinn- und Profitraten für die Großunternehmen in Deutschland für einen Hungerlohn! Sechs Million Deutsche schufteten für weniger als sechs Euro in der Stunde brutto [...] Das sind 22% der Beschäftigten und es ist ein gesamtgesellschaftlicher Skandal, dass es immer noch einen politischen Mainstream gibt, der

¹⁰ <http://www.donaukurier.de/nachrichten/aktuellesthema/art3112,1865886>

gesetzlich eingeführte Mindestlöhne konterkariert und bekämpft. [...] Und es bleibt dabei, es macht uns ein Geschwätz nicht satt, auch nicht das Geschwätz der bayerischen Ministerin, die sich jetzt am Vorabend des 1. Mai wieder ausgesprochen hat gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Soviel Billigarbeit wie heutzutage hat es in unserem Land noch nie gegeben [...].“

Helmut Jung sagte bereits eingangs: „Und wir brauchen auch den Mindestlohn, weil 10 000 Arbeitnehmer in Augsburg einen festen Arbeitsplatz haben und nebenbei noch um 400 € oder auf einer Halbtagsstelle arbeiten müssen, weil wie mit ihrem Verdienst nicht rüberkommen. Deswegen brauchen wir einen Mindestlohn, um diesen 10 000 Menschen endlich ein vernünftiges Leben zu gewähren.“

Der Auftritt des neuen OB Gott sei Dank moderater als die CSA

Der neue Oberbürgermeister Kurt Gribl ging im Demonstrationszug mit und sprach mit ruhiger Stimme auf der Kundgebung. Er sprach sehr paternalistisch von einer „großen städtischen Gemeinschaft“ und seiner Wertschätzung für die „Leistungen“ der städtischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie „tatkräftig und verlässlich“ und wie „anspruchsvoll“ unsere Verwaltung arbeite...

Sehr undeutlich vermittelte er den Eindruck, er bzw. die neue Stadtregierung sei gegen Privatisierungen, bzw. habe sich in den letzten Monaten gegen Privatisierungen ausgesprochen: „[...] wo plötzlich die Rede war vom Verkauf von Kommunalbetrieben, wo eine klare Aussage notwendig war, um die Unsicherheiten zu nehmen. [...]“ Da war Herr Gribl im Wahlkampf schon wesentlich deutlicher und prinzipieller gegen Privatisierungen. Das scheint sich nach der gewonnenen Wahl etwas zu verlieren.



Gribl zitierte das diesjährige Motto des DGB „Gute Arbeit muss drin sein“, dafür sei Bildung grundlegend: „Wir sind dabei, zu konzipieren, dass wir ein kostenfreies Vorschuljahr für Kindergärten einführen nach und nach, um auch hier die Bedingungen zu verbessern.“ Das war eigentlich die einzige konkrete Aussage und die ist, streng genommen, auch nicht konkret.

Gribl griff zwar das Motto des DGB mit der *guten Arbeit* auf, ließ aber permanent durchblicken, dass

die Wirtschaftsordnung und der Unternehmenserfolg der Zweck der Übung sei, die Arbeitsbedingungen dafür also nützlich, aber irgendwie nachgeordnet seien. Und diese guten Arbeitsbedingungen – so hatte man den Eindruck – stehen eben auch nur Arbeitnehmern zu, die Leistungsträger sind oder als solche gelten. Also solchen, die „ihr Bestes geben wollen“. Engagement für den Betrieb und der Wille, sein Bestes zu geben, müssen schon sein.

„Das [...] muss auch in die Köpfe der Arbeitgeber rein. Ein Arbeitnehmer, der um seinen Arbeitsplatz fürchtet und das Gefühl hat, hier wird ja alles über meinen Kopf hinweg entschieden, kann beim besten Willen keine Höchstleistungen erbringen. Das ist eine ganz einfache psychologische Erkenntnis und wer sich jahrelang von Praktikum zu Praktikum kämpft, wer immer nur Zeitverträge hat, der wird nicht mit vollem Einsatz zum Erfolg des Unternehmens beitragen können, auch das muss in die Köpfe der Unternehmen (*Beifall*). Es lohnt auch handfest ökonomisch, und da sind die Standpunkte und Interessenlagen gar nicht so weit auseinander, [...] in die Bedingungen und die Qualität von Arbeitsplätzen zu investieren. Dabei geht es zum Beispiel um Gesundheitsschutz, aber auch um altersgerechtes Arbeiten.

„Gute Arbeit“, das bedeutet aber auch, faire Bezahlung. Die Erfahrung lehrt zwar, dass man mit Löhnen und Gehältern allein Mitarbeiter nicht motivieren kann. Aber die Erfahrung zeigt eben auch, dass dauerhafte Dumpinglöhne regelrecht demotivierend sind. (*Beifall*) Demonstrativ geringe Löhne und der Ratschlag vom Chef: „Den Rest kannst Du Dir bei der Agentur abholen.“ – das sind Schläge ins Gesicht jeden Arbeitnehmers, eine Geringschätzung der Wertigkeit der Arbeit. Der Arbeitnehmer, die sich Tag für Tag engagieren und ihr Bestes geben wollen. Arbeit braucht Respekt und Würde, um gute Arbeit zu sein. Das drückt sich eben auch in einer angemessenen Bezahlung aus. Dumpinglöhne für qualitativ hochwertige Arbeit sind ein denkbar schlechter Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zum gesamtgesellschaftlichen Frieden.

Aus der langen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung wissen wir, dass Arbeitnehmerrechte, dass Mitbestimmung, dass Humanisierung der Arbeitswelt, Tarifautonomie und Kündigungsschutz entscheidende Fortschritte sind, nicht nur für den einzelnen Arbeitnehmer oder die einzelne Arbeitnehmerin sondern für unsere gesamte Gesellschaft und für die Wirtschaftsordnung. Wir müssen dafür eintreten, dass diese Errungenschaften erhalten bleiben. (*Beifall und Pfiffe*)

Auch wenn der Grundtenor der Gribl'schen Rede der Linie der Christlich Sozialen Arbeitnehmerunion (CSA) der CSU entspricht, so hielt sich der neue OB im Detail doch etwas zurück. Die Forderung nach einer „Beteiligung der Arbeitnehmer an Erfolg und Kapital der Unternehmen“ – was ja den Tariflohn unterhöhlen soll – oder die Forderung nach dem „Vorrang der Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern vor dem Zuzug ausländischer Arbeitskräfte“¹¹ stellte Gribl so nicht. Gribl sprach lediglich davon, dass es „auch um altersgerechtes Arbeiten“ gehe, die Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte ließ er weg.

Gribl unterließ es auch, gegen eine zentrale, flächendeckende Tarifpolitik zu hetzen¹² und „eine zurückhaltende Lohnpolitik“ zu propagieren.¹³ Der neue Oberbürgermeister will ja erst in die CSU eintreten, er hat das noch nicht alles drauf. Die Macher in der Augsburgischer CSU wissen die DGB-feindlichen, ausländerfeindlichen und unternehmerfreundlichen Positionen der CSA sicher zu schätzen, haben aber dennoch ihre CSA-Bezirksvorsitzende Regina Metzner-Seifert auf Platz 39 der Stadtratsliste gesetzt, was öffentlichen Ärger auslöste. Hier war den Herren Unternehmer in der CSU das Hemd doch näher.

Helmut Schwering ging in seiner großen Rede auf die vorangegangenen Ausführungen des neuen OB Gribl ein. Er machte das recht geschickt:

¹¹ <http://www.csa-oberbayern.de/>

¹² Betriebsnahe Tarifsysteme: Eine der vielfältigen Ursachen der Arbeitslosigkeit sind die hohen Arbeitskosten. Einer der Gründe dafür sind unsere traditionellen zentralistischen Tarifstrukturen, die ihre Forderungen mit der Gießkanne über alle Betriebe, ohne Rücksicht auf deren Größe und Belange, gleichmäßig verteilen. Wir brauchen aber betriebsnahe Tarifverträge, die vor allem Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen in kleineren und mittleren Betrieben die Möglichkeit einräumen, Vereinbarungen zu treffen, die auf ihre finanziellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zugeschnitten sind. Hier sollten insbesondere die Gewerkschaften umdenken. Gerade für die christlichen Gewerkschaften wäre es eine lohnende Aufgabe, hierbei eine Vorreiterrolle (z.B. Investivlohn) zu übernehmen. *CSA-Leitsätze 2000*

¹³ <http://www.csu.de/arbeitsgemeinschaft/csa/themen/173610719.htm>

Wir brauchen grad‘ bei großen öffentlichen Arbeitgebern – und dieses Wort sollte uns, wir sind ja alle Ohr- und Zeitzeugen heute, noch lange nachklingen – *seriöse* Arbeitsverhältnisse. Es war uns ein Wohlgefallen, als der scheidende Augsburger Oberbürgermeister Paul Wengert erklärt hat: ‚Es gibt keine – nur im extremen Ausnahmefall – keine Leiharbeit mehr bei der Stadt Augsburg.‘ Wir wollen das festhalten. (*Beifall*) Wir wollen auch festhalten, dass der neue Oberbürgermeister dieser Stadt Augsburg auch erklärt hat, dass heute, am 1. Mai für uns als Augen- und Ohrenzeugen, dass es bei der Stadt Augsburg und bei den großen kommunalen Arbeitgebern seriöse Arbeitsverhältnisse gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen, und dass Lohndumping nicht stattfindet und dass wir Dauer- und Langzeitarbeitsverhältnisse wollen.

Peter Feininger